

Ob der Gutachterdienst des Hauses die politische und parlamentarische Entscheidung vorprägen oder sogar ersetzen kann, ist wiederum eine andere Frage, zu der Sie Stellung genommen haben.

Wir wollen, indem wir den Antrag unterstützen, deutlich machen, dass wir erhebliche rechtliche Bedenken haben. Diese rechtlichen Bedenken dokumentieren wir auch dadurch, dass wir jetzt für die Änderung der Tagesordnung stimmen und nicht einer Empfehlung des Gutachterdienstes folgen, denn der kann unsere parlamentarischpolitische Entscheidung nicht ersetzen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gödecke. – Meine Damen und Herren! Ich lasse nunmehr über den **Antrag zur Geschäftsordnung** von Herrn Remmel abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Remmel folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 14/5500 – 14/5506,
14/5508, 14/5510 – 14/5515 und
14/5520

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008

Drucksache 14/4601

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5517

zweite Lesung

Ich verweise auf die Übersicht in der Tischvorlage mit insgesamt **80 Änderungsanträgen** der Fraktionen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel, fraktionslos.

Meine Damen und Herren, das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt jeweils die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor – ich verweise auf die Übersicht –, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2008 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden keine Abstimmungen statt. Nach der Beratung des Einzelplans 01 werden die Haushaltsberatungen unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich rufe den **Einzelplan 03** mit zwei Teilbereichen auf:

Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5503 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen laufende Nummern 1 bis 3 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zu dem **Teilbereich „Innen- und Verwaltungsstrukturreform“**.

Ich gebe Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie erinnern sich sicherlich alle noch daran – es ist kaum drei Wochen her –, da hat der Ministerpräsident an diesem Platz in seiner Regierungserklärung damit geprahlt, dass Nordrhein-Westfalen unter Schwarz-Gelb sicherer geworden sei. Nach dieser Behauptung hat es nur zwei oder drei Tage gedauert, da stellte sich angesichts der aktuellen Kriminalitätsstatistik heraus, dass die Wirklichkeit eine ganz andere ist.

Wir hatten in Nordrhein-Westfalen in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Anstieg der Zahl der Straftaten um 32.673 Delikte zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote verhält sich dazu leicht rückläufig. Mehr fahnden statt verwalten, Herr Innenminister, das haben sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wohl etwas anders vorgestellt. Es rächt sich dabei auch, dass Sie seit Jahren Raubbau an der inneren Sicherheit betreiben: die jährliche pauschale Kürzung im Einzelplan 03, ein Stellenabbau bei der Polizei, der dieses Jahr die Talsohle erreicht.

Auch wenn Sie Ihre vollmundigen Wahlversprechungen nicht eingelöst haben, sonst hätten Sie bereits seit 2005 jeweils 500 Polizeibeamte neu eingestellt, haben Sie mit der Neueinstellung von 1.100 Polizeianwärtern im Jahre 2008 endlich die Kurve bekommen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir hätten uns natürlich noch mehr gefreut, wenn Sie es mit diesen Neueinstellungen endlich geschafft hätten, ein Konzept zur Entwicklung der Altersstruktur bei der Polizei vorzulegen. Darauf warten wir immer noch.

Auch für die soziale Lage der Polizeibeamten fehlt Ihnen offenbar jedes Verständnis. Die Verschiebung der Besoldungsanpassung, Absenkung des Weihnachtsgeldes – all dies macht den Polizeidienst nicht unbedingt attraktiver.

Hinzu trat in diesem Jahr noch der Abbau von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten, der sich bei den anstehenden Personalratswahlen noch einmal deutlich machen wird. Wir bleiben dabei: Ihre LPVG-Novelle ist und bleibt ein Schandgesetz für ein Land, das sich jahrzehntelang rühmen konnte, das soziale Gewissen Deutschlands zu sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Halbzeitbilanz fällt aber nicht nur dürrtig, sie fällt in vielen Punkten auch beschämend aus. Das Polizeiorganisationsgesetz I ist in diesem Jahr wohl offensichtlich endgültig stecken geblieben. Die Zusammenlegung von Behörden nach Dienstalder der Polizeipräsidenten ist glücklicher-

weise am Widerstand der Bevölkerung und wahrscheinlich auch der CDU – so genau ist nicht zu erkennen, wie die CDU in der inneren Sicherheit in dieser Koalition operiert – gescheitert. Wir fragen Sie, Herr Innenminister: Wie geht es mit der Polizeireform weiter, oder war das zur Halbzeit alles?

Das Polizeiorganisationsgesetz II hat seine fundamentale Schwäche bei dem vermeintlichen Kölner Amoklauf gezeigt. Tagelanges Informationschaos, weil unterschiedliche Berichte nicht mehr zeitnah von einer staatlichen Hand gebündelt werden konnten. Welche Konsequenz ziehen Sie daraus, Herr Innenminister?

Die Mafiamorde in Duisburg sind bis heute nicht aufgeklärt. Statt den Fall beherzt an sich zu ziehen, haben Sie die Arbeit der örtlichen Polizeibehörde und den italienischen Fahndern überlassen. Immerhin hat das Bundeskriminalamt Konsequenzen aus der offensichtlich asymmetrischen Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Behörden gezogen und eine bilaterale Task-Force gebildet. Die Frage, die wir uns in Nordrhein-Westfalen stellen, ist: Was machen Sie, Herr Innenminister, um die organisierte Kriminalität effektiver bekämpfen zu können?

(Beifall von der SPD)

Die Verhaftung von drei mutmaßlichen Terroristen im Sauerland hat gezeigt, dass unsere nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden nur bedingt einsatzfähig sind. Weil Sie die gesetzlichen Regelungen zur akustischen Überwachung nicht der neuen Rechtsprechung anpassen, deshalb auf ihren Einsatz zu verzichten haben, müssen Sie in solchen und auch in anderen Fällen immer die Bundesbehörden um Amtshilfe bitten. Wir fragen Sie, Herr Innenminister: Wie lange soll das eigentlich noch so weitergehen?

(Beifall von der SPD)

Die V-Mann-Affäre ist bis heute nicht ausgestanden. Ganz im Gegenteil: Sie scheint sich eher zuzuspitzen. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld ermittelt gegen Angehörige des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen wegen Strafvereitelung im Amt. Wann hat es das in Nordrhein-Westfalen jemals gegeben?

Wenn Kriminelle vom Verfassungsschutz geführt werden können, dann hätten wir auch gerne eine Antwort von Ihnen: Was tun Sie strukturell dagegen? Wo ist Ihre Aufgabenkritik? Wie sieht eine Neuordnung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen aus, Herr Innenminister?

Die Novelle des Verfassungsschutzgesetzes ist in Karlsruhe auf Grund gelaufen. Anstatt zu den ursprünglichen Plänen einer Onlinedurchsuchung zu stehen, versuchen Sie sich unter dem Gelächter der Republik vor dem Gericht herauszureden. Wann beenden Sie Ihre verfassungspolitische Geisterfahrt, Herr Verfassungsminister?

(Beifall von der SPD)

Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus hat zugenommen. Warum unterstützen Sie nicht intensiver und klarer die örtlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die sich Jahr für Jahr gegen landesweit und international organisierte Aufmärsche von Neonazis in Dortmund, in unseren Städten wehren müssen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch hier erwarten wir, Herr Innenminister, ein klareres und entschiedenes Handeln.

Zum Schluss: Die politische Substanz und der Bedeutungsverlust der nordrhein-westfälischen Innenpolitik sind auf jeder Innenministerkonferenz mit Händen zu greifen. Statt Beschlüsse zu prägen, hinterlassen Sie Protokollnotizen. Ist das alles, Herr Innenminister?

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, sozial schon!)

Ich komme nun zum Fazit:

Erstens. Die nordrhein-westfälische Innenpolitik ist ohne Profil und besitzt keine Linie.

Zweitens. Die nordrhein-westfälische Innenpolitik ist geprägt durch gesetzgeberischen Dilettantismus und einen wachsenden Vertrauensverlust auf allen Seiten.

Drittens. Die nordrhein-westfälische Innenpolitik baut auf Schönfärberei und Besserwisserei und nicht selten auch auf Ignoranz und Arroganz.

Viertens. Nichts gegen eine bedeutende Rolle der Sportpolitik – wir reden nachher noch darüber –, aber selbst wohlmeinende Beobachter, Herr Innenminister, gewinnen inzwischen den Eindruck, dass Sie einem Sportministerium mit angeschlossenem Innenministerium vorstehen.

(Ralf Jäger [SPD]: Und Kommunalabbau!)

– Apropos vorstehen, Sie sagen es: Ein Innenminister des größten Landes sollte mehr sein als ein Behördenvorsteher. Sie verkaufen das Amt unter Wert. Genau darin liegt das Elend der nordrhein-westfälischen Innenpolitik. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf für den Landeshaushalt 2008 verdeutlicht erneut eine absolute Priorität der neuen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen: Die Konsolidierung des Haushalts bleibt ganz oben auf der Tagesordnung.

Zu den Zielvorgaben der Koalitionsfraktionen und unserer Landesregierung gehört ebenfalls die Verschlinkung der Verwaltung unseres Landes. Der Bürokratieabbau – wir wissen es alle – ist eine politische Daueraufgabe. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, Wachstumshemmnisse für Unternehmen beseitigen und dies neben den bereits eingeleiteten Maßnahmen durch effizientere Verfahren flankieren.

Die begonnenen Verwaltungsreformen, so die Auflösung von über 120 selbstständigen Behörden und Einrichtungen, und die Kommunalisierung von staatlichen Vollzugsaufgaben zum 1. Januar 2008 entlasten nicht nur den Landeshaushalt, sondern stärken zugleich die Gemeinden, Städte und Kreise als zuständige Verwaltungsbehörden. Schon die vorletzte rot-grüne Regierung hat vor Protesten kapituliert und ist den Widerständen erlegen. Im Unterschied zu den Vorgängerregierungen haben wir die politische Kraft, die notwendigen Reformen durchzusetzen. Wir halten nicht nur das, was wir im Landtagswahlkampf 2005 diskutiert haben, sondern setzen jetzt Schritt für Schritt die Koalitionsvereinbarungen um. Ja, wir bemühen uns darum, die Menschen in diesem Prozess mitzunehmen, so schwer dies auch ist.

(Lachen von Gerd Stüttgen [SPD])

– Dieses Lachen hatte ich erwartet. – Wir muten den Beschäftigten in den Landesverwaltungen viel zu; das ist richtig. Doch werden die erforderlichen Strukturmaßnahmen

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Herr Körfges – sozial abgefedert. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen ebenso wie zwangsweise Versetzungen in den Ruhestand.

Wir sind für klarere Strukturen. Wir wollen die Verwaltungen des Landes auf mehr Leistung und Qualität ausrichten und durch neue Bündelungen und Synergieeffekte stärken. Wir verlagern die Kompetenzen und eine Fülle von Aufgaben dorthin, wo sie hingehören, nämlich vor Ort.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für die CDU-Fraktion habe ich in den letzten Jahren häufig vorgetragen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Verhinderung von Straftaten nie dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen darf. Die Eckdaten des Einzelplans 03 verdeutlichen, dass sich die neue Landesregierung den Herausforderungen stellt.

Notwendige Voraussetzungen sind unter anderem eine langfristig ausgerichtete Personalplanung und Personalentwicklung sowie Verbesserungen der inhaltlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wir stellen uns, Herr Kollege Rudolph, dem Wandel der Altersstruktur und erarbeiten umfassende Lösungsansätze.

Wir verdoppeln die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei. Ab 2008 stellt die Landesregierung statt der von der Vorgängerregierung geplanten 500 jährlich 1.100 Polizeianwärter ein.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stoppen den beschlossenen Stellenabbau. Die auf die Polizei entfallenden 841 kw-Vermerke aus der Arbeitszeitverlängerung für Beamte sind gestrichen. 835 Stellen des mittleren Dienstes werden in solche des gehobenen Dienstes umgewandelt – Stichwort: zweigeteilte Laufbahn. Durch die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen und die Streichung der kw-Vermerke werden in den nächsten Jahren nachhaltige und deutliche Verbesserungen von Altersstruktur und Stärke unserer Polizei erzielt. Für den Digitalfunk wird erheblich mehr veranschlagt. Der Ansatz der bekannten Titelgruppe steigt insgesamt, und das ist gut so. Wir verfolgen weiter konsequent die Linie, Polizeivollzugskräfte im Vollzugsdienst und nicht fachfremd für Verwaltungstätigkeiten einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlagen der polizeilichen Arbeit werden in den Ländern gelegt. Niemand bestreitet, dass wir im Zeitalter der Globalisierung, im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die illegale Migration und den internationalen Terrorismus die enge Zusammenarbeit der Länder und in Europa benötigen. Das gemeinsame Terrorabwehrzentrum und die in diesem Jahr installierte Antiterrordatei seien als Beispiele für die Kooperation genannt.

Welche Sicherheitslücken müssen im Kampf gegen die Bedrohungen noch geschlossen werden? Wie viel Schutz trägt die Freiheit? Wir wollen, um das unmissverständlich zu sagen, keine flächendeckende Überwachung und auch keine Verletzung des Kernbereichs der privaten Lebensführung. Wir wissen aber auch, wie verwundbar freie

und offene Gesellschaften sind. In der globalisierten Welt werden wir mit den Auswirkungen asymmetrischer Bedrohungen unmittelbar konfrontiert. Diese Entwicklungen fordern uns nicht nur als Staat und in diesem Fall als Land Nordrhein-Westfalen heraus, sondern fordern auch unsere Gesellschaft und unsere Kultur. Es geht darum, in einem freiheitlichen Rechtsstaat schwere Anschläge zu vermeiden und schwere terroristische Straftaten verfolgen zu können. Hierzu brauchen wir Lösungen, die die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen und Machtmissbrauch verhindern. In dieser Diskussion sind alle demokratischen Kräfte gefordert. Dazu möchte ich uns alle ausdrücklich einladen.

Neue Bedrohungen für die Sicherheit – das ist vom Kollegen Rudolph kurz angesprochen worden – entstehen auch im Inneren. Das kann niemand bestreiten. So sind unser demokratischer Verfassungsstaat, seine Werte und Normen durch Links- und Rechtsextremismus und gewaltbereiten Fundamentalismus bedroht.

Herr Kollege Rudolph, weder im Zusammenhang – das ist meine Kritik an Ihren Ausführungen – mit den Haushaltsberatungen noch überhaupt im abgelaufenen Jahr haben Sie eine Idee, einen Vorschlag, eine Alternative, ein Konzept zur Verbesserung der Situation im Bereich der Polizei zur Bekämpfung von Kriminalität vorgetragen. Von Ihnen ist nichts gekommen! Sie haben auch heute Morgen bei der Beratung des Einzelplanes 03 nur kritisiert. Dies ist auf Dauer zu wenig, um draußen als Alternative wahrgenommen zu werden. Nur zu moseern und zu kritisieren, aber keinen eigenen Haushaltsantrag einzubringen und keinen Vorschlag zu machen, wie man die desolate Situation, für die Sie 39 Jahre die Verantwortung getragen haben, verbessern könnte, das ist in der Tat ein Armutzeugnis für die angeblich starke Kraft der SPD in der Opposition.

(Beifall von der CDU)

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 03 behält die klassische Kernaufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen im Blick und leistet außerdem, wie eingangs angemerkt, einen Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen. Im Namen der CDU-Fraktion darf ich um Zustimmung zum Einzelplan 03 bitten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Kruse. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor dramatisch, obwohl die Koalition der Erneuerung es geschafft hat, die Nettokreditaufnahme deutlich zu senken

(Zurufe von der SPD)

– jaja, die Koalition der Erneuerung, völlig richtig! –,

(Edgar Moron [SPD]: Die ist doch zerstritten!)

sodass ein verfassungskonformer Haushalt so nah wie möglich erscheint – ein Ziel, das die rot-grüne Vorgängerregierung auch nur annähernd nicht erreicht oder nicht wirklich versucht hat.

Die neue Landesregierung hat es sich zum Ziel gemacht, die Belastungen aus dem zwingend erforderlichen Konsolidierungskurs auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ohne den Einzelnen dabei zu überfordern. Daher sind fast alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen, zum Beispiel die Kommunen und landeseigene Einrichtungen, aber selbstverständlich auch die Landtagsfraktionen und die Kabinettsmitglieder selbst.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Wirkung einer Haushaltskonsolidierung am größten ist, wenn sie über die Ausgabenseite erfolgt, wenn sie bei Transferausgaben und Personalkosten und nicht bei Investitionen ansetzt, kann dabei auch der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben.

Lassen Sie mich aber noch einige Worte generell zum Einzelplan 03 sagen. Um die Sicherheit weiterhin mindestens auf gleichem Niveau halten zu können, stellen wir die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen effizienter auf. Dazu mein Kredo zu Beginn der Regierungsübernahme: Mehr fahnden, weniger verwalten. – Das bedeutet nichts anderes als Konzentration auf die Kernaufgaben bei der Kriminalitätsbekämpfung.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, ab 2008 deutlich mehr Polizisten einzustellen, als wir durch Pensionierungen verlieren. Übrigens – für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne –: Täglich geht durchschnittlich etwa ein Polizeivollzugsbeamter in Pension.

Die Zahl der Einstellungsermächtigungen wurde von 480 Polizeivollzugsbeamten auf 1.100 Polizeivollzugsbeamte gut verdoppelt. Das ist ein wunderbarer Erfolg dieser Koalition und zeigt einmal mehr, dass wir es mit unseren politischen Schwerpunkten in den Bereichen Schule, Wissenschaft und Forschung, aber auch innere Sicherheit ernst meinen.

Mit der Verdoppelung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für die Polizei werden wir auch dem drohenden Überalterungsprozess in der Polizei entgegenwirken. Unsere Experten im Innenministerium haben dazu ein langfristiges Personalkonzept erarbeitet. Dabei muss man wissen, dass das Durchschnittsalter der Polizeivollzugsbeamten landesweit bei 46 Jahren liegt, in den sogenannten Verwendungsendbehörden und auch in kleineren Landratsbehörden leider noch deutlich darüber.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch: Alle drei Polizeigewerkschaften lobten den Beschluss über die Verdoppelung der Zahl der Einstellungsermächtigungen in die Polizei und sagten, das sei nicht nur ein positives Signal für die innere Sicherheit, sondern auch für die gesamte NRW-Polizei.

Zusätzlich haben wir den noch von der rot-grünen Vorgängerregierung eingeleiteten Stellenabbau in der Polizei gestoppt. Jede der 841 kw-Stellen bei der Polizei, die nach dem Beschluss der alten Landesregierung in den kommenden Jahren abgebaut werden sollten, kann nun wieder neu besetzt werden. Auch das ist ein herausragender Erfolg dieser Koalition von CDU und FDP.

Nach diesen Beschlüssen wird NRW per Saldo 2010 mit 42.760 Polizisten rund – netto, bereinigt – 600 Polizeibeamte mehr haben als 2005.

Zudem ist Nordrhein-Westfalen bei der Einführung des Digitalfunks ganz vorne dabei. Neben der ersten digitalen Testanlage bei der LZPD in Duisburg gehen zwei weitere Testanlagen in Münster beim Institut der Feuerwehr NRW und beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW in Betrieb.

In Münster werden ab sofort die ersten Polizisten und Feuerwehrleute in der neuen Technik ausgebildet. Sie geben ihr Wissen als Multiplikatoren in Zukunft an ihre Behörden weiter.

Mehr als 170.000 Angehörige der Hilfsorganisationen und 40.000 Polizisten müssen bis ins Jahr 2010 in der neuen Technik fit gemacht werden. Bis dahin soll die digitale Funktechnik flächendeckend in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen.

Für Nordrhein-Westfalen betragen die zu erwartenden Kosten für den Aufbau und den 15-jährigen Betrieb des Digitalfunks rund 500 Millionen €.

Der Digitalfunk ist abhörsicher und bringt den Polizisten und damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit. Neben der Hochsicherheitsver-

schlüsselung bietet er weitere Vorteile gegenüber dem analogen Funk. So wird es unter anderem möglich sein, in beiden Funkrichtungen Datensätze, zum Beispiel zu Fahndungszwecken, statt nur Sprache zu übermitteln. Die Funkqualität wird deutlich verbessert, auch bei Extrembedingungen. Last, not least werden die Funkgeräte natürlich viel kleiner und leichter. Daneben bieten sie zusätzliche Funktionen wie Einzelruf, Telefonieren und die Möglichkeit, Kurzmitteilungssysteme zu nutzen.

Darüber hinaus werden wir die Überprüfung der Verwaltungsaufgaben weiterhin konsequent fortsetzen, auch in der Polizei, und dabei jede überflüssige Verwaltungsarbeit abschaffen.

Von daher befinden wir uns auf einem guten Weg. Diesen Weg werden wir zusammen mit der Landesregierung und insbesondere mit unserem Innenminister gemeinsam weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Motor für den Bürokratieabbau hat in diesem Jahr erheblich an Fahrt aufgenommen. Man kann wirklich sagen: Er läuft auf Hochtouren.

(Beifall von der FDP)

Hierzu einige Zahlen: Bis heute sind durch die schwarz-gelbe Landesregierung 54 Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung und zum Bürokratieabbau beschlossen und ergriffen worden.

(Ralf Jäger [SPD]: Das waren alles Umbenennungen!)

– Lieber Herr Jäger, hören Sie zu! Genau das ist es eben nicht! – Bis heute sind von 667 Landesbehörden und rund 200 Landeseinrichtungen über 130 Landesbehörden und -einrichtungen aufgelöst, verschlankt, gebündelt worden. Die Aufgaben sind nach unten weitergegeben worden.

(Ralf Jäger [SPD]: Wo sind die denn geblieben? Erklären Sie doch einmal, wo die geblieben sind! –Zuruf von Sören Link [SPD])

Das ist eine einzigartige Leistung in der Geschichte unseres Bundeslandes.

2.000 Mitarbeiter des Landes wechseln bis zum 1. Januar 2008 zu den Kommunen, also ran an die Bürger. Mit der frisch beschlossenen Binnenmodernisierung der Bezirksregierungen werden ab dem kommenden Jahr weitere 200 Stellen überflüssig.

Die Reformmaßnahmen schlagen sich im Haushaltsgesetzentwurf nieder und tragen deutlich zu

einer Konsolidierung der nach wie vor angespannten Haushaltslage bei.

In diesem Jahr bringen wir zwei Gesetzesvorhaben auf den Weg, die die organisatorische öffentliche Landschaft zum 1. Januar 2008 maßgeblich verändern wird. Es handelt sich um das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen und das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts.

Die Nachjustierungen bei der Reform der Umweltverwaltung in Form unserer Änderungsanträge waren richtig. Durch die nähere Bestimmung der Kosten für die übergehenden Stellen im Bereich der Umweltverwaltung vom Land auf die Kommunen kommen wir unserer gesetzlichen Konnexitätsverpflichtung nach und damit den Kommunen finanziell entgegen.

(Beifall von FDP und CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Och!)

– Sie hätten gestern mal an der Präsidiumssitzung des Landkreistages teilnehmen sollen! Da hätten Sie gehört, dass man sich auf die Aufgaben freut! – Eine zeitnahe Evaluierung lässt Raum, aber auch Chancen für eine eventuelle Anpassung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Zweiten Behördenstraffungsgesetz wird die untere staatliche Verwaltungsbehörde mit ihren elf Versorgungssämtern aufgelöst. Damit fällt eine komplette Verwaltungsebene weg. Diese Maßnahme ist überfällig gewesen. Mit dem Zweiten Modernisierungsgesetz von vor über sieben Jahren wurde die Mittelinstanz, das Landesversorgungsamt, aufgelöst. Seitdem herrschte aber Funkstille. Natürlich war das nicht einfach. Das wurde gestern in der von mir eben zitierten Präsidiumssitzung noch einmal deutlich. Aber die Behördenleiter, die Landräte, freuen sich auf die Aufgaben. In der Übergangszeit gibt es immer Probleme. Man muss aber anfangen, sonst kommt man zu keinem Ergebnis.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zur Versorgungsverwaltung verlieren. Diese hat sich von ihrer ursprünglichen Aufgabe der Kriegsopferfürsorge im Laufe der Jahre zu einer sozialen Leistungsverwaltung aufgebläht, die parallel zu der originären sozialen Leistungsverwaltung in den Kommunen existiert. Ab dem kommenden Jahr herrschen wieder klare und übersichtliche Strukturen in der sozialen Leistungsverwaltung.

(Lachen von Ralf Jäger [SPD])

Damit werden wir auch einer über 30 Jahre alten Kernforderung der Verwaltungswissenschaft gerecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. All dies, summa summarum, dient dem Ziel, unser Bundesland, das Land Nordrhein-Westfalen, zu einem Bundesland mit den kürzesten Genehmigungszeiten zu machen, damit internationales Kapital NRW noch mehr als Standort entdeckt und wir über große Investitionen zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen. Dabei ist die von CDU und FDP getragene Landesregierung auf einem guten Weg. Ich werbe für unseren Gesetzentwurf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Nun hat Frau Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kruse und Herr Engel, Sie haben sich mit Selbstlob überschüttet, was die Einstellungsermächtigungen angeht. Dass Sie dabei nur die halbe Wahrheit gesagt haben, haben Sie natürlich verschwiegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, es ist richtig: Sie haben die Zahl der Einstellungsermächtigungen bei den Polizistinnen und Polizisten verdoppelt. Was Sie verschwiegen haben, ist, dass Sie zwei Jahre lang, nämlich die ersten beiden Jahre Ihrer Regierung hier, Einstellungsermächtigungen von 500 in den Haushalt eingestellt haben – weit weniger als das, was wir an Nachersatz bräuchten, um die Pensionierungen aufzufangen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das heißt, die Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen jetzt, Herr Kruse und Herr Engel, ist bestenfalls ein Plus/Minus-Spiel. Und das wissen Sie auch. Mehr Polizei gibt es damit noch lange nicht auf der Straße. Erzählen Sie doch den Leuten nicht so etwas! Das ist doch schlicht und einfach falsch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was ist in der Innenpolitik dieses Landes sonst noch passiert? Wir haben mit dem POG I und II Polizeiorganisationsstrukturen verändert. Das nennt der Innenminister Reformen. Reformen, Herr Minister, sehen anders aus. Mit POG I und II haben Sie in den Polizeibehörden dieses Landes ein Chaos angerichtet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben halbherzig an dieser und jener Schraube gedreht, Stückwerk produziert und damit unsere gesamte Behördenstruktur nur noch weiter durcheinandergebracht. Nach wie vor hat Nordrhein-Westfalen mit 47 Kreispolizeibehörden mehr Polizeibehörden als alle anderen Bundesländer zusammen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und zwar unterschiedlichster Größe und mit unterschiedlichem Aufgabenspektrum. Wir haben immer noch eine Hauptstellenverordnung, die hier und da zusätzliche Kompetenzen einfügt. Wir haben nach wie vor die Schnittstellen. Und was ist in der Binnenstruktur passiert? Sie haben nicht Reformen angesagt, sondern: Alle Kreispolizeibehörden können sich so organisieren, wie sie wollen. – Das nennt man Anarchie.

Es gab das Direktionsmodell, zuerst von einigen Landratsbehörden eingeführt, danach von den Polizeipräsidien übernommen. Das ist im Prinzip eine gute Sache. Aber es gibt etliche Landräte, Herr Minister – das wissen Sie –, denen Sie jetzt nett und freundlich ans Herz gelegt haben, diesem Direktionsmodell vielleicht doch beizutreten. Und wenn sie es nicht machen, dann machen sie es eben nicht.

Wie sind denn nun unsere Polizeibehörden im Land organisiert?

(Ralf Jäger [SPD]: Das weiß der Sportminister nicht!)

Jede hat eine andere Struktur. Niemand weiß, wo auf der anderen Seite der Ansprechpartner ist. Alle dürfen alles machen. Das nenne ich nicht Reform, das nenne ich Chaos. Das ist das, was Sie in unserer Polizei angerichtet haben, Herr Minister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Engel.

Monika Düker (GRÜNE): Ich lasse keine Zwischenfrage zu. – Das fehlende Gegenkonzept, das von Herrn Kruse eingefordert wurde, das liegt auf dem Tisch. Ich kann Ihnen das gerne noch mal geben. Sie wissen, wie es heißt. Das ist der Bericht der Scheu-Kommission, der hier im Landtag diskutiert wurde und sehr klar vorgibt, wie Polizei effizienter, besser und mit weniger Personal in der Verwaltung, in der Führung arbeiten kann. Dieses Konzept, das wir gemacht haben, ist das

Beste, was wir in der Polizeistrukturdebatte seit Jahren vorliegen haben. Das haben Sie in den Papierkorb geworfen. Das ist das, was Sie mit Konzepten, die auf dem Tisch liegen, machen, Herr Kruse.

Die nächste sogenannte Reform ist das Landespersonalvertretungsgesetz. Ein großartiger Akt, Herr Minister, in diesem Land einen neuen Stil des Miteinanders in den Behörden einzuführen! Und dieser neue Stil heißt nicht mehr: Wir wollen unsere Verwaltung miteinander – auf moderne Art –, mit unseren Beschäftigten, reformieren. – Sondern dieser Stil ist Gutsherrenart. Es wird von oben runterregiert, und die Leute haben zu spüren, aber nicht mehr zu denken. Das haben Sie in diesem Land mit dem Personalvertretungsgesetz angerichtet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ja einen liberalen Innenminister. Hat man im letzten Jahr eigentlich irgendwie gemerkt, dass dieser Minister ein FDP-Parteibuch hat?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Rechts von Schäuble ist der!)

Nein, meine Damen und Herren. Völlige Fehlanzeige! Man würde meinen, hier wären Bürgerrechte vielleicht in besseren Händen als in Bayern bei einem stramm rechtsaußen stehenden CSU-Minister. Aber nein! Von Bürgerrechten ist in Nordrhein-Westfalen bei Weitem nichts zu spüren. Auch auf Bundesebene, Herr Minister, sind Sie sozusagen nicht vorhanden.

Beispiel für die Fehlanzeige ist die Vorratsdatenspeicherung. Wo war denn das größte Bundesland, als Ihre Parteikollegin Leutheusser-Schnarrenberger bei den Demos in Berlin die Bürgerrechte verteidigte? Wo waren Sie denn da im Bundesrat? Wo waren Sie denn als Minister des größten Bundeslandes, um diese Vorratsdatenspeicherung, mit der eine wahnsinnige Datensammelwut und ein wahnsinniger Abbau von Bürgerrechten verbunden sind, zu verhindern? – Fehlanzeige!

Wo sind Sie denn, wenn gerade in Berlin ein neues BKA-Gesetz diskutiert wird, das die föderale Struktur der Polizei und der Gefahrenabwehr komplett aushebelt,

(Ralf Jäger [SPD]: Bei der NATO-Übung!)

und dem BKA ein Best-of an Kompetenzen des Überwachungsstaates ohne jegliche Kontrolle überträgt? Wo sind Sie denn, um die Polizeikompetenzen der Länder zu vertreten? Und letztlich: Wo

waren Sie bei der Anhörung zum Verfassungsschutzgesetz? Alle Verfassungsrechtler haben schon in der Anhörung gesagt: Dieses Gesetz entspricht nicht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz der Privatsphäre und zum Schutz von Bürgerrechten.

Sie, Herr Kruse und Herr Engel, haben im Parlament dieses Gesetz ohne Änderungen durchgewunken. Sie müssen wie alle Sicherheitspolitiker der letzten Jahre, die dicke Sheriffsterne am Revers tragen, erst von Karlsruhe gestoppt werden, wenn es darum geht, Bürgerrechte in diesem Land zu verteidigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister, weder die Bürgerrechte noch die Sicherheit sind bei Ihnen in guten Händen! Dieses Land wird an beiden verlieren: an Bürgerrechten und an Sicherheit. Das ist das Schlimme für dieses Land. Ich setze hier nicht auf Einsicht, sondern ich befürchte, dass dies so weitergeht. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von der Opposition kommen Tiraden der Reformverweigerung. Haushaltsberatung? – Fehlanzeige! Aber das kennen wir ja schon aus den letzten Jahren, meine Damen und Herren. Ich kann nur sagen: Sie sind in all den Fragen, die wir heute diskutieren, schlichtweg nicht satisfaktionsfähig.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Beim Thema Strukturreformen in diesem Lande war bei Ihnen in den letzten zehn Jahren Fehlanzeige – bei der SPD noch ein bisschen länger.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Verwaltungsstruktur, Gemeindeordnung, Polizeistruktur: Sie reden, Sie reden, Sie reden, aber Sie haben in Ihrer Regierungszeit nicht ein einziges Ding umgesetzt.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Die zweite Falschmeldung an der Stelle kam natürlich wieder vom Kollegen Rudolph. Richtig ist:

Der Polizeietat steigt. Er stieg in den vergangenen Jahren immer; Herr Kruse hat das gesagt. Es gibt keinen Rückgang bei der Finanzierung, sondern einen Aufwuchs. Die innere Sicherheit ist uns sehr viel wert.

Ich will auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer sehr deutlich sagen: 2,4 Milliarden € für die Polizei können sich sehen lassen. Ich glaube, wir können ein Stück stolz sein, dass wir das trotz schwierigster Haushaltslage immer noch ermöglichen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben sich – da hat sich Frau Düker natürlich wieder besonders hervorgetan – auf die Polizeiorganisationsgesetzesreformen I und II gestürzt, die nach allem, was man draußen hört, sehr wohl Anerkennung finden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wo? – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Bei wem? Nennen Sie Namen!)

Sie entsprechen genau dem Motto: Mehr fahnden statt verwalten!

(Ralf Jäger [SPD]: Sie brauchen ein Hörgerät!)

Es ist natürlich bezeichnend, wenn eine Vertreterin der Grünen, die bekanntlich für Anarchie und Chaos stehen,

(Lautes Lachen und Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Vorwürfe gegen das macht, was wir an Freiheit ermöglichen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Frau Präsidentin, das ist einseitig! Was ist mit den Rügen?)

Ich darf Sie – nur zur Klarstellung – ein bisschen beruhigen: Von den 47 Behörden hat ein sehr großer Teil – es werden in Kürze 39 sein – bereits auf die Direktionsstruktur umgestellt.

Ich kann Sie auch beruhigen, was die übrigen Behörden angeht: Die Kolleginnen und Kollegen finden sich untereinander völlig unproblematisch. Wir suchen nach einer Veränderung, die ein weiteres Stück Verbesserung bringt. Aber es ist weiß Gott nicht so, als ob uns die Tatsache irgendwie Kopfzerbrechen bereitet, dass auf dem Weg der Freiheit ein unterschiedliches Tempo in der Frage der Binnenmodernisierung gegangen wird.

Geradezu schäbig ist es allerdings, meine Damen und Herren

(Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

– da bitte ich doch mal genau hinzuhören –,

(Ralf Jäger [SPD]: Aber wir sitzen doch hier!)

wenn man die Strukturreformen der Polizei und den Wegfall der Bezirksregierungsebene mit den Ereignissen in Köln in Zusammenhang bringt. Die Staatsanwaltschaft hat klipp und klar gesagt: Kein Fehlverhalten der dort Handelnden, weder im Schulbereich noch im Polizeibereich! – Daran halten wir fest.

Dass sich dynamisch entwickelnde Erkenntnislagen auch schon mal vom einen auf den anderen Tag Neuerungen bringen und dass das natürlich entsprechend durch die Medien vermittelt wird, das ist doch völlig klar. Daraus einen Skandal zu machen, das ist einfach nicht anständig, meine Damen und Herren. Wir wollen an dieser Stelle die Reformen mit den Kolleginnen und Kollegen.

(Sören Link [SPD]: Was Sie fabrizieren, ist politischer Autismus!)

Wir haben das auch, gerade was die Verwaltungsstrukturreform betrifft, sehr gut gemeinsam hinbekommen. Sie ziehen sich da an Einzelfragen hoch. Die werden alle einer Lösung zugeführt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, wo leider nicht die Wahrheit gesagt worden ist! Herr Rudolph, wenn Sie mit steigenden Zahlen in der Kriminalstatistik arbeiten, dann sagen Sie doch zunächst einmal, dass Sie nicht über Jahreszahlen sprechen. Sie nehmen mitten im Jahr irgendwelche Zahlen heraus und versuchen, Vergleiche heranzuziehen. Wir können jedenfalls feststellen, dass wir gegenüber 2004, also dem letzten Jahr, in dem Sie in Nordrhein-Westfalen in Regierungsverantwortung waren, deutlich besser dastehen.

Im Übrigen: Wenn es an der ein oder anderen Stelle zu Steigerungen kommt, darf man auch nicht vergessen, dass wir neue Straftatbestände eingeführt haben und dass es ein verbessertes Anzeigeverhalten gibt. Man sollte also auch an dieser Stelle nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Lassen Sie mich zum Thema Neueinstellungen und Altersstruktur kommen. Das ist jedes Mal die gleiche Leier hier im Parlament: Sie erklären: Sie hätten nichts gemacht. – Ich frage zurück: Was haben Sie eigentlich gemacht? Sind die Polizisten eigentlich nur in den letzten zweieinhalb Jahren älter geworden?

(Beifall von der CDU)

Sind die Probleme nicht seit zehn, seit 20 Jahren erkennbar? Wir haben sie im Unterschied zu Ih-

nen angepackt, meine Damen und Herren! Wir haben von Ihnen eine niedrige Zahl an Neueinstellungen übernommen! Wir kommen zu einer höheren Zahl an Neueinstellungen! Wir gehen das Thema Altersstruktur ganz konsequent an, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Da wir zusätzlich – das ist eben von meinen beiden Kollegen Kruse und Engel auch schon vorgebracht worden – aus der Reform der Polizei nach dem Motto „Mehr fahnden statt verwalten“ mehr Kolleginnen und Kollegen in den operativen Bereich holen, steht natürlich definitiv mehr operative Polizeiarbeit für die Bürgerinnen und Bürger draußen zur Verfügung: im Wach- und Wechseldienst, in den entsprechenden Bereichen der Ermittlungskommissariate, aber auch im Bezirksdienst. Wenn Sie sich nur anschauen, dass wir in Düsseldorf zwei Präsenzeinheiten geschaffen haben, die draußen in den entsprechenden Stadtteilen zusätzlich wirken, dann wird das auch für den Bürger deutlich.

Ich bin froh und glücklich, dass uns das im Rahmen der Reform gelungen ist. Meine Damen und Herren, dafür gilt allen Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die einen schwierigen Job machen, mein herzlicher Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Düker, wir können die Sache mit den Bürgerrechten natürlich hier jedes Mal ritualisiert abspulen. Wenn Sie sich aufblasen und die Rechtsstaatsliberalität vor sich her tragen, kann ich nur sagen: Packen Sie sich doch an die eigene Nase! Sie haben unter Rot-Grün Onlinedurchsuchungen durch Herrn Schily aufgrund einer Dienstanweisung ohne Gesetz möglich gemacht. Da gab es null und nichts an Rechtsstaatsliberalität.

(Beifall von Wolfgang Schmitz und Walter Kern [CDU])

Sie haben Flugzeugabschussgesetze verabschiedet, Sie haben die Kontenschnüffelei eingeführt. All das haben wir Ihnen zu verdanken. Halten Sie sich einfach ein Stückchen zurück. Wir werden sehen, was das Bundesverfassungsgericht sagt. Dass die Materie ausgesprochen kompliziert ist, weiß jeder, der sich damit beschäftigt. Wir werden schauen, inwieweit dann eventuell neue Erkenntnisse durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil umzusetzen sind.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wir lassen uns jedenfalls nicht vorhalten, wir hätten ohne Rechtsgrundlage gearbeitet. Und wir

haben ganz klar erklärt: Wir wollen eine Rechtsgrundlage, die dieses absichert, aber nur dem Verfassungsschutz die Rechte gewährt. Sie haben im Bund sozusagen allen Sicherheitsorganen einen Freibrief gegeben. Das bedeutet in der Tat, Bürgerrechte mit Füßen zu treten. Dafür waren und sind Sie Spezialisten. Lassen Sie deswegen andere Leute in Ruhe ihre Arbeit machen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will ein Wort des Herrn Innenministers aufgreifen: Anarchie und Chaos. – Das ist ganz genau Ihre Spezialität; sie heißt bei Ihnen Verwaltungsstrukturreform.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Sie lassen sich ganz offensichtlich – an dieser Stelle richte ich mich ganz besonders an die Kollegen Kruse und Engel – von den eigenen Trugbildern, die Sie entworfen haben, blenden. Wenn von der Entlastung des Haushalts und der Stärkung der Gemeinden die Rede ist, gibt es nur zwei Möglichkeiten, Kollegen: Entweder leben Sie in einem Paralleluniversum, oder Sie haben zumindest partiell Wahrnehmungsdefizite.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn der Herr Innenminister

(Ralf Jäger [SPD]: Sportminister!)

und sein Adlatus Palmen durch Nordrhein-Westfalen reiten wie Don Quichotte und Sancho Pansa,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

um gegen selbst erfundene Bürokratiemonster zu kämpfen, meine Damen und Herren, hat das mit geordneten Reformprozessen rein gar nichts zu tun. Das glatte Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In der vollmundigen Regierungserklärung zu den Regionalpräsidien sind Sie losgesprungen wie ein sibirischer Königstiger, Herr Wolf, und gelandet wie ein Bettvorleger. Da sind Sie in der Realität angekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darüber hinaus will ich es ganz kursorisch machen: Bei den Widerspruchsverfahren will der Jubel insbesondere in der kommunalen Familie keinen Anfang nehmen.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Sie schaffen für Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und für die Kommunen einen kostengünstigen Rechtsbehelf ab. Außer Spesen nichts gewesen. Das Einzige, was bleibt, ist ein umfassendes Beschäftigungsprogramm zulasten aller staatlichen und kommunalen Ebenen für Anwälte, Gerichte und andere ernannte oder nicht ernannte Prozessbevollmächtigte, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was Sie da im wahrsten Sinne des Wortes verbochen haben, wird auch nach Meinung vieler konservativer und liberaler Menschen vor Ort nicht zur Verwaltungsvereinfachung und zum Bürokratieabbau, sondern zu unüberwindbaren Schwierigkeiten und zusätzlichen Kosten führen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Selbst die Wirtschaft ist dagegen!)

Zur Versorgungsverwaltung. Sie haben es in der Tat geschafft, eine Protestbewegung von Betroffenen zu initiieren, die ihresgleichen sucht – sicherlich mit Recht, meine Damen und Herren. Und Herr Laumann hat es als erster nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister geschafft, eine deutliche Adresse vom Verwaltungsgericht in Düsseldorf zu bekommen – damit kommt er ins Guinnessbuch der Rekorde –: Er als nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister ist vom Gericht für den Verstoß gegen Mitbestimmungsrechte gerügt worden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist aber kein Einzelfall, denn wie Sie es mit der Mitbestimmung insgesamt halten – Kollege Rudolph hat Sie darauf hingewiesen und Frau Kollegin Düker auch –, zeigt sich deutlich daran, wie Sie mit dem LPVG umgegangen sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, die Jubelmeldungen halten keiner genauen Betrachtung stand. Schauen Sie nach, was Prof. Bogumil gegenüber dem WDR geäußert hat. Was Sie als Heldenepos in-

szenerieren wollten, Herr Minister, endet beim Minister von der traurigen Gestalt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich die Tätigkeit von Herrn Wolf und dieser Koalition ansieht, stellt fest, dass Sie immer vom Abbau der Bürokratie und von Bürgerrechten reden. Er muss aber erkennen, dass Sie in Wahrheit eine Politik des Bürgerrechteabbaus und des Bürokratieaufbaus betreiben. Das ist die Realität, und nicht das, was Sie behaupten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will es mir am Anfang bewusst einfach machen, weil Sie davon reden, die kommunale Familie sei sehr zufrieden und die Konnexität gewährleistet, Herr Engel und Herr Wolf. Ich will einen Beschluss des Vorstands des Städtetags vom 28. November zitieren. Ähnliches könnte man auch vom Städte- und Gemeindebund und vom Landkreistag zitieren.

„Der Vorstand des Städtetags Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 28. November nachfolgenden Beschluss gefasst:

Der Vorstand hält es für angezeigt, gerichtlich überprüfen zu lassen, ob dem Recht der Selbstverwaltung der Kommunen und dem Konnexitätsprinzip und -gebot der Landesverfassung durch die Regelungen im Zweiten Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen entsprochen wird. Der Vorstand fordert, dass das Land endgültig Klarheit darüber schafft, ob und welches Personal der Versorgungsämter wirksam zum 1. Januar 2008 übergeht. Andernfalls ist es notwendig, den Gesetzesvollzug vorläufig auszusetzen.“

Meine Damen und Herren, das ist ein Vorstandsbeschluss der kommunalen Spitzenverbände. Denn in der Praxis passiert Folgendes: Das Land hatte die Kommunen, die Gebietskörperschaften, aufgefordert, bis zum Freitag letzter Woche die Zuordnungspläne für Personal – die Pläne, wie das Land den Kommunen das Personal zuordnen will – zu unterschreiben. Fakt ist: Die wenigsten Kommunen, die wenigsten Landkreise haben das getan. Sie weigern sich nämlich alle, weil es teilweise zu Kuriositäten kommt wie im Kreis Höxter.

Dort ist ein Krankenhaus geschlossen worden. Hotelfachleute aus dem Krankenhaus sind anschließend durch das Land der Versorgungsverwaltung zugeordnet worden. Diese Hotelfachleute sollten dann über die Versorgungsverwaltung dem Kreis Höxter zugeordnet werden. Das ist Ihre Art von Konnexität und von Zuordnungsplänen, meine Damen und Herren! So sieht das in der Praxis aus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist die Wahrheit!)

Wenn Herr Engels dann von großer Einigkeit redet und so tut, als ob alle glücklich seien, dann kann ich nur sagen: Das ist Engels Welt. Aber das hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Sie geben vor, Sie würden die Bürokratie abbauen. – Hören Sie sich einmal im Lande um. Kollege Körfges hat eben einen der Fälle genannt, nämlich das Widerspruchsverfahren. Das, was Sie gemacht haben, ist ein Bürgerrechteabbaugesetz.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Menschen müssen klagen, um ihr Recht zu bekommen. Die Menschen müssen klagen und Vorschüsse bei den Verwaltungsgerichten zahlen, und zwar für jeden kleinen Popanz. Wenn das vermieden werden soll, müssen die Kommunen mit einem riesigen Aufwand so etwas Ähnliches wie ein Widerspruchsverfahren, obwohl es das gar nicht mehr gibt, dahinfuschen, und das ist in der Verwaltung hochkompliziert.

Wenn Sie – Herrn Engel sehe ich jetzt leider nicht mehr – die Verwaltungen vor Ort kennen und diese fragen würden, dann wüssten Sie, dass sie alle die Hände über dem Kopf zusammenschlagen: vom Landkreistag über den Städte- und Gemeindebund bis hin zum Städtetag. Alle schlagen die Hände über dem Kopf zusammen.

Sämtliche Verwaltungsfachleute in den Anhörungen haben Ihnen das um die Ohren geschlagen. Doch das interessiert Sie nicht. Anhörungen machen Sie nicht, um zuzuhören, sondern Anhörungen machen Sie, um Gesetze durchzuwinken und hinterher zu machen, was Sie wollen. Das ist Ihre Politik. Liberalität im wohlverstandenen Sinne habe ich mir immer anders vorgestellt. Was Sie da machen, ist schlicht und einfach Scheuklappenpolitik, Augen zu und durch, ohne Sinn und Verstand. Das zeichnet Sie als Minister aus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Herr Minister, bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will doch noch einige Punkte geraderücken.

(Ralf Jäger [SPD]: Das werden Sie nicht schaffen! – Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Das ist ein untauglicher Versuch!)

Es ist ja wieder spannend: Die langjährigen Regierungsparteien tun nichts

(Ralf Jäger [SPD]: Die Koalition der Erneuerung tut nichts!)

und versuchten mal wieder, Sand ins Getriebe zu bringen. Meine Damen und Herren, auch durch Zwischenrufe lassen wir uns nicht aufhalten.

(Heiterkeit von der SPD)

Die SPD hat jahrelang erklärt, sie wollte Sonderverwaltungen auflösen. Sie hat nichts zuwege gebracht. Wir packen das Ding jetzt an. Wenn Sie, Herr Körfges, daran Kritik äußern, sollten Sie die ganze Wahrheit sagen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Schon wieder eine Drohung! – Ralf Jäger [SPD]: Wieder so ein Textbaustein!)

Es gibt ein Verwaltungsgerichtsurteil, das besagt, dass eine Mitbestimmung zu erfolgen hat. Es gibt ein anderes Verwaltungsgerichtsurteil, nämlich aus Köln, in dem das Gegenteil entschieden wird. Wir haben also die typische Situation: Die Rechtslage ist nicht eindeutig. Wir glauben, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Wir werden das Verfahren, das wir vorhaben, auch so umsetzen, dass es am Ende verträglich implementiert wird, nämlich sowohl die Versorgungs- als auch die Umweltverwaltung betreffend.

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von der SPD: Nur ein einsamer Klatscher!)

Meine Damen und Herren, dass es bezüglich der Konnexität Auseinandersetzungen um das Geld gibt – wen nimmt das denn wunder? Wie war es denn früher? Sie haben die Aufgaben heruntergegeben und nichts bezahlt.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen die Dinge heute nach Konnexitätsgesetz – und wollen das auch fair tun – aushandeln. Aber es kann natürlich nicht nach dem Motto gehen: Immer noch ein bisschen mehr von den

Wünschen der anderen Seite drauflegen. Es muss am Ende etwas sein, was sich rechnet.

Zweiter Punkt ist das Thema Widerspruchsverfahren. – Herr Körfges, es wird durch oftmalige Wiederholung nicht besser. Keine Frage: Das von uns gewählte Verfahren ist ein rechtsstaatliches. Verfassungsrechtlich ist das eindeutig. Im Übrigen gibt es genügend Bundesländer, die das schon so machen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wie Sie es machen, macht es aber sonst niemand, Herr Wolf!)

Wir haben es in OWL ausprobiert. Es funktioniert.

(Widerspruch von Horst Becker [GRÜNE])

Wir haben in der Anhörung auch von den Verwaltungsgerichten eine hohe Zustimmung erfahren. Die haben nämlich genau das gesagt, dass nämlich eine Angelegenheit, wenn es kritisch wird, in der Regel sowieso bei Gericht landet, weil die meisten Dinge eben nicht befriedet werden. Man geht von ungefähr 90 % aus, die letztendlich nur durchlaufen und bei denen es keine Befriedung gibt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das sind völlig falsche Zahlen!)

Wir haben insofern einen Weg gewählt, der Bürokratie abbaut. Das haben Sie in all den Jahren Ihrer Regierungszeit nicht geschafft. Dass Sie das auch ein wenig quält, verstehe ich.

Aber lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir haben das bisher sehr gut gemacht. Wir sollten auch weiter daran arbeiten, unnütze Bürokratie abzuschaffen. Es wird in keinem Fall Rechtsstaatliches weggenommen. Der Weg zum Gericht ist immer eröffnet. Und das sagt unsere Verfassung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen zum Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“ keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Beratung zu diesem Teilbereich.

Ich eröffne die Aussprache zu dem **Teilbereich „Sport“** im Bereich des Innenministeriums und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Peschkes das Wort. Bitte schön.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch für diesen Haushalt gilt, was die SPD schon im vergangenen Jahr festgestellt hat: Der Sport führt unter dieser Koalition ein Schattendasein. Insofern muss ich auch das zurückweisen, was der Kollege Rudolph gesagt hat, dass nämlich das Innenministerium in Wahrheit ein Sportministerium mit einer angegliederten Innenabteilung sei. Herr Kollege Rudolph, wenn es kein Innenministerium gibt, dann gibt es erst recht kein Sportministerium.

(Beifall von SPD und GRÜNE – Ewald Groth [GRÜNE]: So ist das!)

Nirgends ist im Sport eine Handschrift erkennbar, die eine klare Linie für die Sportstruktur in diesem Land aufzeigt. Nirgends ist die Handschrift erkennbar, die die Stellung Nordrhein-Westfalens als Sportland Nummer eins festlegt. Das Gegenteil ist eher der Fall. Man kann davon ausgehen, dass wir bei einem „Weiter so!“ dieser Regierung langsam aber sicher vom Status als Sportland Nummer eins, auf den wir immer so stolz waren, Abschied nehmen müssen.

Die Großereignisse wie beispielsweise die Handball-WM und die Kanu-WM, die unserem Land so viel Glanz beschert haben, sind vorbei, sodass jetzt eigentlich in der Sportpolitik solide handwerkliche Arbeit gefragt wäre.

Aber diese solide handwerkliche Arbeit ist nicht zu erkennen. Ein Konzept zur Förderung des Nachwuchssports wird von uns schon lange angemahnt, weil es einfach notwendig ist, wenn Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft angemessen im Spitzensport vertreten sein will. Aber nichts ist zu erkennen. Und die Initiativen, die von der Opposition vorgelegt werden, lässt die Koalition in altbekannter Manier abblitzen.

Ebenso fehlt ein Konzept zur Förderung des Leistungssports. Dieses wäre nun wahrlich erforderlich, wenn man sich den Rückzug der Bayer AG aus der Spitzensportförderung vor Augen führt. Dieser Rückzug ist, wenn er nicht kompensiert wird, für den Spitzensport ein herber Rückschlag. Mögen die Auswirkungen, Herr Minister Wolf, im nächsten Jahr in Peking noch nicht erkennbar sein, da die Grundlagen ja schon Jahre vorher gelegt werden, sehe ich aber für die Olympischen Spiele 2012 in London schwarz. Hier hätte ich mir wenigstens ansatzweise ein Konzept, zumindest aber Vorschläge der Landesregierung gewünscht, wie man mit dieser Situation umgehen will.

Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Es reicht nicht, die Sportbühnen dieser Welt zu besuchen, Plaketten zu verteilen, sich mit Spitzensportlern

ablichten zu lassen. Mit einer nachhaltigen Sicherung des Spitzensports hat das nun gar nichts zu tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, auch in der Absicherung des Sports im Alltag hapert es bei dieser Landesregierung. Die Anhörung zum Haushalt 2008 hat deutlich gezeigt, wie Spitzenvertreter des Landessportbundes und des Westdeutschen Fußball- und Leichtathletikverbandes das Vorgehen dieser Koalition bewerten.

Herr Minister Wolf, ich empfehle Ihnen dringend, sich das Protokoll dieser Anhörung zu Gemüte zu führen. Sie selbst waren ja mal wieder nicht anwesend. Insofern ist es wahrscheinlich, dass Sie gar nicht kennen, was die Herren Schneeloch und Korfmacher gesagt haben: Sie fühlen sich von der Landesregierung im Stich gelassen, um nicht zu sagen: getäuscht.

Allein dem Landessportbund fehlen mindestens 3,1 Millionen €, mit denen er gerechnet hatte, wovon er ausgehen konnte, dass er sie bekommen würde. Die Folge ist: Der Sport kämpft ums nackte Überleben, weil er die 3,1 Millionen € nicht hat. Das ist kein Zitat von mir, das ist ein Zitat des Präsidenten Schneeloch.

Was tut der zuständige Fachminister? – Nichts. Es hat nicht einmal ein Gespräch zwischen ihm und dem Landessportbund gegeben, um aus der vertrackten Situation herauszufinden.

Auch der Finanzminister, Herr Linssen, hat auf Bitten des LSB zu einem Gespräch bisher nicht reagiert. Das finde ich das Beschämende für den Sport. Es ist auch insbesondere von dieser Landesregierung verursacht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schämen soll er sich! Genau!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte noch vieles zur schwarz-gelben Sportpolitik sagen, die ja keine ist. Aber die fünf Minuten, die mir zur Verfügung stehen, sind angesichts der Riesenproblematik viel zu wenig.

Deshalb bleibt festzuhalten, dass der Sport auch im nächsten Jahr durch diese Landesregierung zu kurz kommt, dass auch im nächsten Jahr die klaren Linien fehlen, dass auch im nächsten Jahr das Ehrenamt nur warme Worte, aber kein zusätzliches Geld erwarten kann, dass auch im nächsten Jahr die Sportstiftung nicht hinreichend gesichert ist, dass es auch im nächsten Jahr keine Antidopingkampagne im Kinder- und Jugendbereich ge-

ben wird, wie es die Vorgängerregierung noch praktiziert hat.

Stattdessen wird es im nächsten Jahr mal wieder eine öffentlichkeitswirksame Kampagne geben. 1,3 Millionen € stehen ja schon im Haushalt. Kampagnen ersetzen jedoch keine Politik, sind aber offensichtlich das Erkennungszeichen schwarz-gelber Politik. So auch im Sport. – Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Ob Kollege Peschkes inhaltlich noch viel hätte sagen können, weiß ich nicht, aber er wäre sicherlich mühelos in der Lage gewesen, noch viel Falsches zu sagen.

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass dieser Sporthaushalt ein gutes Gesamtwerk ist.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ha! Das müssen Sie die Bürgerinnen und Bürger fragen!)

75.000 € zusätzlich für das Landessportfest, 1,3 Millionen € zusätzlich für die Förderung des Ehrenamtes, 700.000 € zusätzlich für den Sportstättenbau und außerdem noch die Erhöhung der Verpflichtungsermäßigung von 3,4 auf 9,8 Millionen € für die Sportschulen.

Das hat Kollege Peschkes natürlich nicht erwähnt. Denn da gibt es sicherlich auch keinen Widerspruch. Es ist das gute Recht, dass man sich Dinge herauspickt, von denen man meint, dass es nicht so liefe. Ich sprach von einem guten Gesamtwerk.

Zu dem Thema Antidopingantrag: In einer unserer letzten Sportausschusssitzungen waren Herr Baumert und Herr Niessen, Vorsitzender und Geschäftsführer der nationalen Antidopingagentur, anwesend. Sie haben uns gesagt, dass sie im nächsten Jahr wegen der Förderung durch Bundesmittel in der Lage sind – das werden Sie ja nicht bestreiten können, Herr Kollege Peschkes –, jeden Spitzensportler aus dem A-Kader der Bundesrepublik Deutschland monatlich zu prüfen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Quatsch! – Britta Altenkamp [SPD]: Das tun sie aber nicht!)

– Das habe ich doch gefragt. Die Frage ist so beantwortet worden. Vielleicht haben wir unterschiedliche Wahrnehmungsfähigkeiten. Selbst wenn nur sieben- oder achtmal geprüft würde, lägen wir noch weit an der Spitze des internationa-

len Standards. Das werden Sie nicht bezweifeln, Herr Kollege Groth. Deshalb brauchen wir kein zusätzliches Geld.

Jetzt komme ich zum LSB. Ich war bei der Anhörung. Herr Kollege Peschkes, das wissen Sie.

(Zuruf von der CDU: Der hört gar nicht zu!)

– Ich weiß nicht, ob es Zweck hätte.

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das Schreiben des Landessportbundes kennen. Es ist von keinem unterschrieben; da ist keiner verantwortlich. Aber ich nehme an, es ist vom LSB, weil sich der Fußballverband Mittelrhein – allerdings mit einem unterschriebenen Brief – darauf bezieht.

Da wird behauptet, das Land würde dem Landessportbund 3,3 Millionen € entziehen. – Diese „platte“ Behauptung halte ich – gelinde formuliert – für eine Frechheit. Sie wissen alle, dass das Geld deshalb nicht mehr da war, weil die Wetteinnahmen zurückgegangen sind.

(Ralf Jäger [SPD]: Ah ja!)

Dieses System der Finanzierung über die Wetteinnahmen ist von Rot-Grün erfunden worden. Das war ja auch in Ordnung. Das habe ich doch nie bestritten.

(Ralf Jäger [SPD]: Warum beschweren Sie sich dann jetzt?)

– Ich beschwere mich doch gar nicht, Sie beschweren sich!

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Sie beschweren sich über Ihr eigenes Programm. Denn dieses Programm ist von Ihnen erfunden worden in der Annahme, dass die Wetteinnahmen immer weiter steigen würden. Jetzt sind die Werten eingebrochen;

(Ralf Jäger [SPD]: Dann handeln Sie doch endlich mal!)

wahrscheinlich, weil die Leute früher aufgrund Ihrer Arbeitsmarktpolitik ihr Heil in höheren Wetteinsätzen gesucht haben und es jetzt wieder mit mehr Arbeit versuchen. Das kann bei besseren Rahmenbedingungen natürlich gut sein.

(Beifall von Christof Rasche [FDP] – Zurufe von der SPD)

– Selbstverständlich. Die Landesregierung hat doch keine Schuld an den rückläufigen Wetteinnahmen!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schon gar nicht die Koalition!)

Aber genau das wird von der SPD und vom Landessportbund behauptet.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber wir – zumindest einige von uns – sind leidensfähige und gestaltungsfreudige Rheinländer. Von daher versuchen wir, das Problem zu lösen. Zunächst einmal haben wir aus den zur Verfügung stehenden Mitteln einen neuen Pool gebildet, der zusätzlich um die Einnahmen aus der KENO-Wette, die bisher dem Finanzminister zustanden, aufgestockt worden ist und damit anstatt 69,4 jetzt 76,9 Millionen € enthält. – Der Landessportbund hat übrigens dem neuen System noch nicht zugestimmt, obwohl er der Hauptempfänger wäre.

2,4 Millionen € fehlen. Das Innenministerium tut auch noch 400.000 € dazu, und – Herr Kollege Peschkes, das konnten Sie jetzt wirklich nicht wissen – es wird natürlich pausenlos verhandelt. Wenn Sie sagen, man würde nicht mit den Leuten sprechen, mag das vielleicht daran liegen, dass Sie das nicht mitbekommen. Aber wir tun das natürlich. Fakt ist, dass die Landesregierung einen Weg gefunden hat, mit dem LSB zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Ein entsprechender Antrag wird noch gestellt werden.

(Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD] – Ralf Jäger [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

– Woher ich das weiß. Weil ich natürlich ein informationsfreudiges Kerlchen bin und überall nachfrage.

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber ich bin der Meinung, dass Sie damit leben können.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das heißt, wir dürfen Anträge erwarten?)

Jetzt komme ich zum letzten Punkt. Die NRW.BANK

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist Ihre Spardose, oder?)

stellt in den nächsten drei Jahren 150 Millionen € für Sanierung zur Verfügung. Das wissen Sie. Das müssen auch Sie wissen. Dieses Geld soll zur Sanierung von Sportstätten eingesetzt werden. Dazu haben Sie auch nichts gesagt. Denn wenn Sie das gelobt hätten, hätten Sie natürlich auch zugeben müssen, dass wir die 50 Millionen € pro Jahr deshalb einsetzen müssen, weil Sie vorher

im Sanierungsbau von Sportstätten überhaupt nichts, aber auch wirklich gar nichts getan haben.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist nachweislich Unsinn! – Zurufe von Ewald Groth [GRÜNE])

Wenn man bei dieser Sachlage ...

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 0,0!)

Holger Müller (CDU): Ich bin fast am Ende, aber Herr Groth redet mir ja ständig dazwischen.

Vizepräsident Edgar Moron: Aber Sie müssen Ihre Rede trotzdem langsam beenden.

Holger Müller (CDU): Ich wäre auch schon fertig, wenn er mich ausreden ließe. – Wenn man bei dieser Sachlage als Opposition der Landesregierung und der Mehrheit vorwirft, sie würde nicht mit den Entsprechenden ständig reden, dann ist das entweder Boshaftigkeit oder Unkenntnis. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. – Meine Damen und Herren, angesichts einer extrem langen Tagesordnung bitte ich um Verständnis dafür, dass die jeweils sitzungsleitenden Präsidenten heute etwas strenger als sonst auf die Einhaltung der Redezeiten achten. Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion Herr Rasche fünf Minuten. Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Rudolph von den Kollegen der SPD hat es in seiner Ansprache eben zur Innenpolitik auf den Punkt gebracht. Er hat den Sportminister und Innenminister Ingo Wolf ausdrücklich für seine Arbeit im Bereich des Sports gelobt. Eigentlich brauche ich dem gar nichts hinzuzufügen, Herr Rudolph. Damit haben Sie ja für die ganze SPD gesprochen. Sie haben nur vergessen, Herrn Peschkes mit einzubinden.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf dokumentiert erneut, dass wir die beiden Ziele, die Förderung des Sports und die Haushaltskonsolidierung, sehr gut vereinbart haben.

Für den Sport im Bildungsbereich stehen erneut über 41 Millionen € zur Verfügung.

Hinzu kommen, wie dem Landessportplan zu entnehmen ist, die Bezüge der Sportlehrer. Bis zum Haushaltsjahr 2008 hat Schwarz-Gelb netto über 5.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Damit bekämpfen wir auch den massiven Unterrichtsausfall im Sportunterricht, der unter Rot-Grün entstanden ist.

Mit dem Konzept der NRW-Sportschulen schaffen wir darüber hinaus einen hervorragenden Brückenschlag zum Spitzensport.

(Sören Link [SPD]: Wie viel Sportlehrer haben Sie denn eingestellt?)

Der Vereins- und Verbandssport erhält knapp 10 Millionen € und damit fast 1,3 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Dieser Zuwachs kommt der Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen und der Förderung des Ehrenamtes zugute.

Auch für den Sportstättenbau stehen mit 59,7 Millionen € wieder mehr Mittel als im vergangenen Jahr 2007 zur Verfügung.

Die Sportpauschale bleibt mit 50 Millionen € unverändert.

Die Zuschüsse für Neubau, Modernisierung, Sanierung und Erweiterung überregional bedeutsamer Sportstätten werden um rund 300.000 € aufgestockt.

Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2008 hat die Landesregierung die Einnahmen aus Sportwetten und Lotterien neu geregelt. Die Destinatäre aus dem Sportbereich bekommen gegenüber dem Haushaltsentwurf durchweg höhere Zuschüsse. So wird etwa der Ansatz für die Sportstiftung von 991.000 € auf 3,4 Millionen € erhöht.

Mit dem Landessportbund ist bis zum gestrigen Abend noch keine endgültige Einigung erreicht worden. Ich bin mir aber sicher, das wird heute oder in den nächsten Tagen gelingen.

Ebenfalls mit der Ergänzungsvorlage erweitert die Landesregierung die bisherige Sportstättenfinanzierung durch ein neues Sportstättenfinanzierungsprogramm. Insgesamt 150 Millionen € mehr zwischen 2008 und 2010, das kommt den Vereinen und den dort Sport treibenden Sportlerinnen und Sportlern zugute.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. Die FDP unterstützt wie Herr Rudolph ihren Sportminister weiterhin auf seinem Kurs. Wenn wir es sportlich formulieren: Mit diesem Haushalt hat der Sport wieder einen deutlichen Sieg eingefahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen redet der Abgeordnete Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sportpolitik von Innenminister Wolf, dem sogenannten Sportminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und von Ministerpräsident Rüttgers ist ohne jede Konzeption und vor allen Dingen ohne jedes zielgerichtete Engagement für den Sport. Das ist uns aber nicht neu. Trotzdem muss es immer wieder gesagt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Beispiel dafür ist der Antidopingkampf. Hier hält sich Minister Wolf fein heraus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Seine Stimme könnte für das größte Land, für das Sportland Nr. eins, sprechen. Diese Stimme fehlt aber in jeder Diskussion um die beste Dopingbekämpfung. Ein Totalausfall ist das, Herr Wolf. Eine gute Aktion allein – wie die Unterstützung einer unabhängigen Schiedsgerichtsbarkeit – reicht eben nicht aus. Das unterstützen wir, aber es reicht nicht. Sich allein darauf auszuruhen ist angesichts der Brisanz des Themas für den Sport schädlich und auch schädlich für das Land als Sportland Nummer eins.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unseren Antrag, die NADA, die Nationale Antidopingagentur, mit dem gewünschten Jahresbeitrag zu unterstützen, lehnen Sie ohne irgendeinen Alternativvorschlag ab. Nichts kommt da von Ihnen zurück. Auch die notwendige Ausweitung einer flächendeckenden frühzeitigen Präventionsarbeit, also an der Basis, wird von Ihnen alternativlos abgelehnt. Auch da kommt nichts. Wer soll das verstehen, meine Damen und Herren? NRW bleibt mit Ihnen als regierender Koalition weit unter seinen Möglichkeiten, was den Sport betrifft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Sport ist der Verlierer der Neuverteilung der Lotteriegelder. Warum hat der Innenminister das zugelassen? Wann wird er reagieren? Wenn die erste Sportschule schließen muss, ist es zu spät, Herr Minister. Oder reagiert er, wenn die ersten Entlassungen von Hauptamtlichen bei den Sportverbänden anstehen? Das wird bald geschehen, wenn das so umgesetzt wird, wie es hier vorgelegt worden ist. Warum lässt der Ministerpräsident

das weiter zu? Hoffentlich liest er wenigstens die Protokolle.

Mit der Neuverteilung der Lotteriegelder ist klar: Der Sport verliert in diesem Jahr. Unklar ist: Wer verliert denn eigentlich im nächsten Jahr? – Im nächsten Jahr könnten es alle anderen Destinatäre sein, die für unser Land eine so wertvolle Arbeit mit immer weniger Mitteln leisten müssen. Während die Einnahmen des Landes steigen, gehen die Einnahmen der Ehrenamtlichen, die so wertvolle Arbeit für uns leisten, die teilweise auch in der Landesverfassung verankert ist, zurück. Wir müssen eben mehr machen, als nur die Lotteriegelder verteilen. Sonst bricht das, was unser Land zusammenhält, nämlich der Kitt der Ehrenamtlichkeit, auch weg. Dann haben wir das Desaster in ganzer Größe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Hereinnahme der Lottogelder in den Haushalt ab 2007 geschah mit der Beteuerung auch der vielleicht ahnungslosen Landtagskollegen von CDU und FDP, der Sport würde nichts verlieren. So hieß es letztes Jahr noch. Der Sport hat aber doch verloren – dank der Politik von Herrn Wolf und Herrn Linssen und dank Ihrer Politik von CDU und FDP.

Folgerichtig wäre jetzt nach der Hereinnahme der Lottogelder in den Landeshaushalt, wenn Sie auch hingingen und wettunabhängig auskömmlich das finanzieren würden, was diese Verbände leisten. Betroffen ist vor allen Dingen der Fußball, dem mal eben die Toto-Wette enteignet wird. Sonntags zeigen sich die Minister gerne mit erfolgreichen Fußballern, alltags wird beim Ehrenamt im Amateurfußball radikal heruntergekürzt. Das darf nicht die Sportpolitik von Nordrhein-Westfalen sein.

Sportland Nummer eins sind und bleiben wir nicht automatisch. Andere Länder haben ganz im Gegensatz dazu eine ambitionierte Sportpolitik und holen deutlich auf. Es ist bezeichnend und beschämend, meine Damen und Herren, wenn wie jetzt die Fußballverbände in ihrem Schreiben an uns Abgeordnete beklagen müssen, dass die verlässliche Kommunikation der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen mit dem LSB-Präsidenten und dem DOSB-Vizepräsidenten Walter Schneeloch nicht erfolgt. Solche Mitteilungen muss man Ihnen zuschicken, damit sie das überhaupt noch mitbekommen.

(Christof Rasche [FDP]: Sie sind nicht auf dem aktuellen Stand, Herr Groth!)

Das ist Ihre Landesregierung, die Sie stützen, die Sie zu verantworten haben; das sind Menschen, die Sie ins Amt gebracht haben. – Denen muss man das zuschicken, sonst hätten sie es nicht einmal gemerkt, dass es solche Gespräche überhaupt gegeben hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie reden nicht einmal mehr miteinander. Das ist Ihr Versäumnis.

Meine Damen und Herren, ich kann mich nur dem Appell unserer Fußballverbände anschließen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: Halten Sie inne! Sichern Sie die Planbarkeit der Arbeit der großen, mitgliederstarken Sportorganisationen! – Es ist entwürdigend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Präsidenten jährlich auf eine Bettel-tour durchs Parlament geschickt werden. Sie brauchen Planbarkeit für ihre Aufgaben. Das sind öffentliche Aufgaben. Wenn die sie nicht mehr machen, müssen wir das tun. Dann wird es noch teurer, und es wird auf jeden Fall nicht besser.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie sind in der Verantwortung zu handeln. Handeln Sie endlich! Bis zur dritten Lesung müssten Sie das zumindest noch hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Präsident! Was wir ganz bestimmt nicht brauchen, ist Ihre Ermahnung, Herr Groth, und Ihre Unterstützung. Wir lösen die Probleme ganz alleine. Substanzlose Vorwürfe gegen die Landesregierung gehen letztendlich alle ins Leere.

(Ralf Jäger [SPD]: War das nicht der Textbaustein für die Rede davor?)

Wir haben festzustellen, dass Sie sich daran weiden, dass Ihr System – nämlich: Lottogelder werden letztlich an den Sport überwiesen – zu Einnahmeverlusten führt und dass uns das natürlich finanzielle Probleme bereitet. Daran weiden Sie sich. Das können Sie ja gerne tun. Nur, wir lösen das Problem. Wir müssen heute aus Rechtsgründen die Lottogelder durch den Haushalt schleusen. Dem Sport wird aber kein Cent genommen. Genau das hat Herr Müller gesagt. Im Gegenteil:

Wir werden – und das haben wir schon getan – die notwendigen Mittel aufbringen, um zu helfen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Weit über 3 Millionen zu wenig!)

Die Sportstiftung ist ausreichend dotiert. Der Landessportbund wird auch seine auskömmliche Finanzierung bekommen. Wir haben eine Alternative zur Sportstättenfinanzierung gefunden, die aus meiner Sicht sehr viel besser ist als bisher. Denn jemand, der Zuschussempfänger ist oder Lottogelder bekommt, ist keiner, der hinterher Bank spielen muss. Wir machen das heute über die NRW.BANK. Das ist eine sehr vernünftige Lösung.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir unterstützen den Dopingkampf, indem wir sagen: Wir bauen eine Schiedsgerichtsbarkeit auf, die gerade beim Doping wichtig ist. Aber wir werden nicht alles und jedes regeln können. Da sind insbesondere auch die Wirtschaft und die Sportverbände gefragt. Wir werden nicht ständig als Ausfallbürgen in Anspruch genommen werden können. Das muss man sehr deutlich sagen.

(Beifall von der FDP)

Wir kämpfen gegen das Doping, aber wir halten uns auch an die Spielregeln der Zuständigkeiten.

Wir haben neue Sportschulen installiert, meine Damen und Herren. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt. Drei sind bereits ausgesucht.

Der Vorwurf von Herrn Peschkes, wir würden hier eine Kampagne starten, geht natürlich ins Leere. Wir wollen etwas für das Ehrenamt tun. Wir wollen gerade Jugendliche stärken. Wir wollen an die Jugendlichen herankommen, und dafür ist uns nichts zu teuer.

Ich glaube, der Sport ist in der Landesregierung und in den Koalitionsfraktionen gut aufgehoben, und bitte um Zustimmung zu dem Plan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur ersten Abstimmung, denn weitere Wortbeiträge sind nicht angemeldet. Wir kommen zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 03**, und zwar über die gestellten Änderungsanträge.

Wir stimmen als Erstes über die laufende Nummer 1 in der Ihnen vorliegenden Übersicht ab; das

ist ein **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5621**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind einige Kollegen der SPD-Fraktion,

(Lachen bei CDU und FDP)

das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Dort hat sich noch der Kollege Sagel gemeldet. Wie haben Sie abgestimmt, Herr Sagel?

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich habe zugestimmt.)

– Sie haben zugestimmt. – Damit ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 2; das ist ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5661**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über einen **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 3 **Drucksache 14/5691**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5503**. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. So **angenommen**.

Meine Damen und Herren, damit können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe auf das

Gemeindefinanzierungsgesetz

Das ist der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4602. Hierzu gibt es eine Ergänzung in der Drucksache 14/5350. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5517 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Jäger das Wort. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 scheint sich auf den ersten Blick durchaus positiv darzustellen. Die Verbundgrundlagen steigen um 12,7 %. Der Verbundbetrag – also das, was an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nächstes Jahr zur Ausschüttung kommen soll – beträgt insgesamt 7,5 Milliarden €, das sind 855 Millionen € mehr als 2007. So weit, so gut.

Diese Steigerung geht allerdings ausschließlich darauf zurück, dass in der Vergangenheit, in der Gegenwart und hoffentlich auch in der Zukunft 23 % der großen Steuereinnahmen an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen als Schlüsselzuweisung ausgeschüttet wurden bzw. werden. Das ist keine Leistung dieser Landesregierung oder dieser Regierungskoalition, sondern letztendlich einfache Mathematik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass trotz dieser Einnahmensteigerung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen deren Haushaltssituation zunehmend dramatischer wird. Allein die Tatsache, dass rund 13 Milliarden € an Kassenkrediten in den nordrhein-westfälischen Kommunen existieren – das ist eigentlich eine Kreditart, die nach der Gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen lediglich für vorübergehende Liquidität und keineswegs zur Finanzierung der Verwaltungshaushalte erhalten soll; so groß war die Summe im Lande Nordrhein-Westfalen noch nie –, und der Umstand, dass Sie als Regierungskoalition bzw. als Landesregierung den Kommunen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2006 und 2007 erhebliche Mittel entzogen haben und dass Sie diesen Raubzug durch die kommunalen Kassen nun fortsetzen, führen zu dieser dramatischen Situation in den Kommunen und in den Haushalten Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte nur ein Beispiel anführen: Allein die Tatsache, dass Sie den Kommunen ihre Anteile an der Grunderwerbsteuer vorenthalten, führt zu Einnahmeausfällen und zu strukturellen Verschlechterungen von 165 Millionen €. Für 2008 fortgerechnet, bedeutet das einen weiteren Verlust von 180 Millionen €, und dies begründen Sie mit der perfiden Aussage, dass auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen einen Konsolidie